

18.11.2019

HRK-Jahresversammlung im Zeichen der Debatte um Wissenschaftsfreiheit

Die besondere Verantwortung der Hochschulen für Verteidigung und Entfaltung einer – derzeit gefährdeten – Streitkultur betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier soeben vor den Gästen der Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Die HRK-Jahresversammlung fand ebenso wie die morgige Mitgliederversammlung auf Einladung der dortigen Universität in Hamburg statt. Die Universität Hamburg feiert in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen.

„Wenn wir das Streiten wieder lernen wollen, dann bitte hier – an den Universitäten“, so der Bundespräsident. Die Hochschule könne und solle der Austragungsort für Kontroversen sein. „Ohne heimlich oder offen verbreitetes Gift. Aber mit Schärfe und Polemik, mit Witz und Wettstreit“ sagte er. „Die Exzellenz einer Hochschule erweist sich – neben aller Internationalisierung, Digitalisierung, Optimierung – vor allem daran, ob hier gepflegt und eingeübt wird, was unsere Demokratie so dringend braucht: den erwachsenen Streit, die argumentative Kontroverse, den zivilisierten Disput.“

Am Beispiel der Geschichte der Universität Hamburg betonte Bundespräsident Steinmeier die intensive Einwirkung von Universitäten auf Politik und Kultur. Wer eine Universität betreue, sei es als Lehrender und als Studierender, betreue einen Raum der geistigen, auch politischen Auseinandersetzung. Daher habe die Hochschulrektorenkonferenz mit vollem Recht ihr Grundsatzpapier von 2016 mit "Die Hochschulen als zentrale Akteure in Wissenschaft und Gesellschaft" überschrieben.

HRK-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt forderte in seiner Begrüßung, akademische Freiheit präzise zu fassen und damit auch die Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft richtig zu bestimmen. Auch in der Freiheit benötige man Regeln. „Dazu gehört, dass politische Meinungsäußerungen an Hochschulen in einen wissenschaftlichen Diskurs eingebettet werden sollten. Auf diese Weise unterstreicht die Hochschule den Vorrang des rational Wissenschaftlichen vor Fragen der politischen Positionierung“, sagte Alt.

Universitätspräsident Prof. Dr. Dieter Lenzen verwies auf die Erfolge durch die freie wissenschaftliche Arbeit in der im Jahr 1919 gegründeten Universität, aber auch auf das während des Nationalsozialismus durch die Hochschule geschehene Unrecht. „Daraus resultiert für die Universität Hamburg eine besondere Sensibilität gegenüber jedem rechtsextremistischen Versuch, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken“, sagte Lenzen.